Neue Zürcher Zeitung

Porno-Branche nicht im rechtsfreien Raum

Realitätsnahe Erwägungen zum Recht am Nacktbild

Die Justiz darf die wirtschaftlich bedeutende Domäne von Pornografie und Prostitution nicht mit moralischen Scheuklappen ausblenden und zum rechtsfreien Raum verkommen lassen.

fei. Lausanne Wer für pornografische Fotoaufnahmen posiert und einverstanden ist, dass damit im Internet für kommerzielle Sex-Dienstleistungen geworben wird, muss sich grundsätzlich an die mit der Agentur getroffenen Abmachungen halten. Das entschied das Bundesgericht im Falle einer Frau, die mit Escort-Diensten und einem Pornofilm Geld verdienen wollte. Die für die Vermarktung nötigen Bilder wurden unentgeltlich erstellt, doch gingen im Gegenzug die Nutzungsrechte auf die Agentur über. Als die Zusammenarbeit eingestellt wurde, berief sich das Model auf

sein Recht am eigenen Bild und verlangte die Löschung seiner Fotos im Internet.

Die Justiz des Kantons Aargau hiess ihre Klage gut, da die Vereinbarung mit der Agentur zu einer sittenwidrigen Beschränkung der Freiheit des Models führe und daher, gestützt auf Artikel 27 des Zivilgesetzbuchs, jederzeit entschädigungslos widerrufen werden könne. Diese realitätsfremde Rechtsauffassung mochte eine Mehrheit in der II. Zivilrechtlichen Abteilung des von der Agentur angerufenen Bundesgerichts nicht teilen. Im Verlaufe einer gehaltvollen Urteilsberatung zeichnete sich ein weltoffener rechtlicher Umgang mit einem zum 'Nil noch immer beargwöhnten Wirtschaftsbereich ab.

Auch das höchste Gericht geht zwar davon aus, dass die Veröffentlichung pornografischer Aufnahmen grundsätzlich die Persönlichkeit verletzt. Der Vorgang ist aber rechtmässig, wenn die

betroffene Person wie im beurteilten Fall ihre Einwilligung dazu gibt. Es gehe um einen rein kommerziellen Vorgang, meinte einer der Richter. Das Ganze beruhe auf einem legalen Vertragswerk, das nicht einfach durch den Persönlichkeitsschutz unterlaufen werden dürfe.

Die Rechte am eigenen (pornografischen) Bild sind durch die fragliche Vereinbarung rechtsgültig auf die Agentur übergegangen und können daher nur gegen Bezahlung des dafür vertraglich vorgesehenen Entgelts zurückgenommen werden. Das von der Aargauer Justiz genutzte Schlupfloch, die Veröffentlichung der Bilder einfach wegen einer angeblich sittenwidrigen Verletzung der Persönlichkeit zu verbieten, wird mit dem Urteil aus Lausanne definitiv gestopft.

Urteil 5A_827/2009 vom 27. 5. 10 – noch keine schriftliche Urteilsbegründung.